

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

1913. Nr. 283. Erste Ausgabe Freitag, 20. Juni 1913. Hallesche Zeitung in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Telefax 8110. Verlagsleitung: Dr. Strasser-Kleinberg, Halle (Saale). Deutsches Reich: Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurfürst Nr. 6300. Druck und Verlag von Otto Schiele, Halle (Saale).

Alle unsere Freunde und Leser
laden wir zur
Erneuerung des Abonnements
auf die
Halle'sche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen,
für Anhalt und Thüringen

ergeben sich ein.

Ungeachtet der ersten Gefahren der Gegenwart ergeht an alle christlich und konservativ fühlenden Deutschen im Lande der Ruf, zusammenzutreten in einer starken Phalanx, in einem Eisenwall der Treue. Ihr stärkstes Kampfmittel ist die Presse. Aber auch zur Stärkung der eigenen Kraft ist die

tägliche Bekräftigung einer konservativen Zeitung
in Haus und familie unentbehrlich.

Die Halle'sche Zeitung erfüllt alle die Bedingungen, die an eine moderne große konservative Zeitung gestellt werden.

Unsere Leser erhalten

gegen Kosten regelmäßig folgende Beilagen:

1. Hallescher Courier (täglich),
2. Illustrierte Sonntagsbeilage,
3. Modenbeilage (alle 14 Tage),
4. Für die junge Welt (alle Monate),
5. Landwirtschaftliche Mitteilungen (Freitagssbeilage).

Der Bezugspreis der Halle'schen Zeitung beträgt bei zweimonatlicher regelmäßiger Zustellung für Halle a. S. und die Vororte Mk. 2,50, bei allen Postorten Mk. 3,00 vierteljährlich. Probeentnommen werden überhört bereitwilligst und kostenlos durch den unterzeichneten Verlag abgegeben.

Die Halle'sche Zeitung richtet daher an alle diejenigen, die mit ihr an dem alten Wahlspruch festhalten: „Mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und für Reich“ die Bitte, nicht nur selbst die Bestellung der „Halle'schen Zeitung“ rechtzeitig zu erneuern, sondern auch die Gesinnungsgenossen und Freunde in Stadt und Land zu ersuchen, für die „Halle'sche Zeitung“ liberal einzutreten, sei es in Bekanntheit oder in Veranlassungen, oder sei es bei sonst bietenden Gelegenheiten.

Halle a. S., im Juni 1913.

Redaktion und Verlag der Halle'schen Zeitung,
Landeszeitung für die Provinz Sachsen,
für Anhalt und Thüringen.

Liberale und Zentrum.

Als bei den Verhandlungen über die letzte Steuerreform die Sache trotz monatelanger Beratungen in der Budgetkommission nicht vom Tische kam, weil die Liberalen, insbesondere die fortschrittlichen Volksparteiler, zwar in der Theorie sich bereit erklärten, die erforderlichen Steuern zu bewilligen, praktisch aber bei jeder einzelnen Abgabe verhandelten, vereinigte sich bekanntlich die konservative Partei mit dem Zentrum, um das große Werk im Interesse des Vaterlandes zum Abschluss zu bringen. Der Entwürfsrummel, der darüber von der liberalen Presse angefangen wurde, ist wohl noch in aller Erinnerung. Ganz besonders wurde es der konservativen Partei vorgeworfen, daß sie mit dem Zentrum zusammen die Steuerreform gemacht hätte. Das „schwarze Bündnis“ ist noch immer der Popanz, mit dem in den Liberalen, ganz besonders aber in den nationalliberalen Klässern die Leser geärgert werden. Und bei jeder Wahl, wie z. B. jetzt bei der Wahl in Waldeck, sucht man die Stimmen der evangelischen Wähler dadurch für den liberalen Kandidaten zu gewinnen, daß man die Konservativen als die Verbündeten des Zentrums hinstellt und dann dieses in den schwärzesten Farben schildert. Dabei ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Konservativen in einer ganzen Menge von Fragen, namentlich in solchen natio-

ner Art, gegen das Zentrum gestimmt haben, während sich die äußerste Linke mit ihm in trauer Gemeinschaft befand.

Das Merkwürdigste zeigt sich aber jetzt: Seit Wochen verhandeln ganz offenkundig die Führer der Liberalen, der Nationalliberalen Wassermann und der Volksparteiler v. Wager, mit Vertretern des Zentrums, um ein Steuerkompromiß zustande zu bringen, durch welche die dauernden Kosten der neuen Militärvorlage sichergestellt werden können. Und kein liberales Blatt findet an diesen besonderen Verhandlungen zwischen Liberalen und Zentrum auch nur das Geringste! Höchstens zeigt sich die Eiferjucht, daß Konteroblativ auf das Ergebnis auch einen Einfluß ausüben könnten! Nun sind wir ja selbstverständlich weit davon entfernt, die Verhandlungen von Liberalen mit dem Zentrum als ein Verbrechen anzusehen. Die konservative Partei wird gewiß auch das Ergebnis dieser Verhandlungen ohne Voreingenommenheit prüfen und ihre endgültige Stellungnahme zu demselben nur durch die Rücksichten auf das Wohl des Reiches beeinflussen lassen. Aber die Liberalen sollen nun aufhören, den Konservativen einen Vorwurf daraus zu machen, daß diese in einzelnen Fragen, insbesondere bei Steuergesetzen, mit dem Zentrum zusammengegangen sind. Dazu haben auch die Nationalliberalen kein Recht mehr. Und tun sie es doch, so ist es ganz erdemliche Heuchelei!

H. K.

Balkanlage und Wirtschaftsleben.

Die „N. P. C.“ schreibt: Die Situation zwischen Bulgarien und Serbien ist noch nicht als definitiv geklärt anzusehen; jedoch steht es fest, daß beide Staaten, ebenso wie Griechenland und Montenegro, der Einladung zur Konferenz nach Petersburg folgen werden, und man kann als sicher annehmen, daß unter der Regie Rußlands dort eine Einigung zustande kommt. Daß bei dieser Rußland-Bulgarien-Entscheidung, wird, darf man angenommen werden; denn Rußland wird sich diesen tüchtigsten der Balkanstaaten auf die Dauer nicht entzweien können. Daß man in Deutschland die wirtschaftliche Lage zuerst bestimmlich angeht, erhebt wenig begründet, und es dürfte vielleicht am Platz sein, das Publikum zu warnen, sich von der augenblicklichen zweifellos künstlichen Waffsteinimmung nicht zur billigen Gerede über industrieller Anlagekapitalien verleiten zu lassen. Damit würden die Kritiker an der Börse nur ihr Ziel erreichen. Es kann Rußland, wenn auch nur allmählich, doch sicher kommen wird, und so wie sie da ist, wird sie eine gewaltige Flut industrieller Besetzungen zur Folge haben. Auch die gegenwärtig und in nächster Zeit von der deutschen Nation geforderten finanziellen Opfer werden unmittelbar wieder in das deutsche Wirtschaftsleben zurückfließen und es befruchten.

In den Berliner diplomatischen Kreisen hält man, trotz der Schwierigkeiten, die von Bulgarien und Serbien noch immer dem Verzuge entgegengestellt werden, auf einer Konferenz der leitenden Minister der Balkanstaaten in Petersburg eine Einigung über die schwebenden Differenzen zwischen den Balkanverbündeten herbeizuführen, daran fest, daß diese Konferenz im Laufe der kommenden Woche zustande kommt und günstige Folgen für die angestrebte friedliche Lösung der schwebenden Fragen zeitigen wird.

Die serbische Regierung teilt im Belgrader Ansblick mit, daß Paris sich Sonntag die Abreise nach Petersburg zur Teilnahme an der dortigen Konferenz der Balkanvertragsparteien anbot. Die serbische Regierung führt dann aus, daß sie ohne weitere Erörterungen die Einladung Sazonovs annehme, um zu zeigen, daß sie den erkrankten Willen zum Frieden habe. Serbien wie Griechenland vertreten die Ansicht, daß, solange die Verhandlungen in Petersburg nicht zum Abschluß gelangt sind, die Truppen in den strittigen Gebieten zu belassen sind.

Gegenüber all diesen beruhigenden Meldungen plakt wie ein Bombe folgende Drohnachricht aus Wien, 18. Juni, herein:

Die „Neue freie Presse“ meldet aus Sofia, daß die bulgarische Regierung beschlossen hat, keinen Delegierten zur Petersburger Konferenz zu entsenden, sondern nur noch fünf Tage der serbischen Katerina Zeit zu lassen, auf die bulgarischen Forderungen auf der Grundlage des Vertrags einzugehen, andernfalls mit dem Kriege zu beginnen. Die Lage wird als sehr kritisch bezeichnet.

Deutsches Reich.

Das Besitztuerkompromiß.

Die Meldungen, daß das Besitztuerkompromiß in der Budgetkommission „fertig“ sei, sind, wie unser Berliner Vertreter erzählt, irreführend. Tatsache ist, daß fast sämtliche Parteien, die in der Budgetkommission des Reichstages vertreten sind, sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem Kompromiß vorbehalten und dieselbe von der Ausgestaltung der Vermögenszuwachssteuer abhängig gemacht haben. Das gilt sowohl für die Parteien der Rechten wie die der Linken. Allerdings ist begründete Aussicht darauf vorhanden, daß schließlich eine Einigung zustande kommt, weil andererseits die Überzeugung geredet wird, daß die Deduktionsfrage überhaupt nicht zu einer rechtseitigen Lösung gelangt. Was die Stellungnahme des Bundesrats anlangt, so verläutet heute, daß auch die Einzelstaaten in ihrer übergroßen Mehrheit ihre endgültige Entscheidung noch von der Formulierung der Steuervorschläge in einzelnen abhängig machen. — Auch die „N. P. C.“ äußert sich in vorstehendem Sinne, wenn sie schreibt: „Man kann heute schon annehmen, daß das Reichsvermögenszuwachssteuergesetz eine Mehrheit in der Kommission finden wird; sollte das der Fall sein, so liegt die Annahme nahe, daß die verbündeten Regierungen sich damit abfinden werden.“

Die zweite Lesung der Mehrvorlage im Reichstagsplenum wird frühestens am heutigen Donnerstagabend werden können, vielfach wird auch noch mit dem Freitag gerechnet. Nach Beendigung dieser zweiten Lesung sollen zunächst kleine Vorlagen, Währungsfragen, Reichsangehörigkeitsgesetz und Jugendgerichtsgesetz beraten werden. Die neuen Steuererlasse werden vom Plenum erst beraten werden, wenn die Kommission in der Hauptfrage mit allen Deduktionsfragen fertig ist. Man rechnet jetzt damit, daß die Beratung am 12. Juli erfolgt.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage wurde die Weiterberatung der zweiten Lesung der Mehrvorlage am Mittwoch mit einer Anzahl Bestimmungen begonnen. Die sozialdemokratischen Anträge, welche u. a. die Verkürzung der allgemeinen Dienstzeit auf ein Jahr fordern und die Institution der Einjährig-Freiwilligen abschaffen wollen, wurden samt und sonders abgelehnt. Allgemein wurde die Verringerung der Ausgaben der Budgetkommission, welche eine Verringerung der Ausgaben wünscht und für eine Reform des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes plädiert, in dem Sinne, daß eine Erweiterung der Zulassung zum Einjährig-Freiwilligen auf Grund besonderer Sachausbildung geschloffen wurde. Ein Antrag der Volkspartei, welcher auch solchen Jüngern die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen gewähren will, die hervorragende Leistungen im Turnen aufweisen können, wurde ebenfalls angenommen, so auch ein anderer Antrag der Volkspartei, der Erleichterung und Wfzierung der Dienstzeit, entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend, befürwortet. Die Fortsetzung der zweiten Lesung brachte zunächst wieder eine sozialdemokratische Dauerrede des Abg. Lenz, der einen Antrag seiner Partei zu „begründen“ suchte, in welchem die „Besetzung der Privilegien des Gardeförps“ gefordert wird. Ein solches Konglomerat von hoferhülligen Schimpfen und unflätigen Beleidigungen gegen fremde Souveräne, die Regierung, den Reichstag, die regierenden Parteien und alles Mögliche, was nicht so ist, wie es in den Krän der roten Umflüsterer paßt, ist selbst von sozialdemokratischen Rednern bis jetzt kaum gehört worden. Der Redner wurde zweimal zur Ordnung gerufen. Kriegsminister v. Seeringer trat dem wüsten Geschimpfe des Sozialdemokraten mit ruhiger Würde entgegen, stellte die Entstellungen und Verdröhnungen des Vorredners richtig und trat abermals mit großer Energie für die Mehrvorlage und die unantastbare Kommandogewalt des Kaisers ein. Das Gardeförps und seine Zusammenlegung aus Reuten aller Provinzen sei eine hervorragende Gruppe und mit der Monarchie eng verknüpft. Der Redner wies auf die Groftacht der Garde hin, die sie in allen Kriegen des vorigen Jahrhunderts, in einer großen Reihe von Schlachten unter enormen Verlusten geleistet habe. Abg. Dr. Müller-Reinigen trat einen Antrag der Volkspartei, der sich gegen „jede Privilegierung einzelner bestimmter Truppenteile“ wendet, Abg. v. Giese (konf.) warnte vor willkürlichen Eingriffen in die Zusammenlegung

Druck und Verlag von Otto Schiele, Halle (Saale).

Legte Draht- und Fernsprechnachrichten.

Verkehrsverein Eisenbahn. Giesleben, 19. Juni. Ein Verkehrsverein Eisenbahn ist hier gestern Abend im „Wandershof“, nachdem bereits verschiedene vorbereitende Versammlungen stattgefunden hatten, gegründet worden. Zum Ehrenvorsitzenden wurde Oberbürgermeister Dr. Wiese einstimmig bestimmt. Als Vorsitzenden des Vereins wählte die Versammlung Stadtkonzeptsrat W. H. Giesleben. Weiter wurden in den Vorstand gewählt Herr Raumann als Schriftführer, Kaufmann Saedts als Kassier und sieben Beisitzer. Dem Verein, der gerichtlich eingetragen werden wird, treten gleich am ersten Mitgliedsbeitrag bei.

Budgetkommission. Berlin, 19. Juni. Die Budgetkommission des Reichstags hat heute das Projekt der Steuererhöhung als Grundlage einer zu beschließenden Reichsfinanzreform angenommen. Bei 18 und den folgenden (Festsetzung des Vermögenszuwachses) wurde die Beschlusseinstimmung der Budgetkommission vom Jahre 1911 beibehalten. Ein nationalliberaler Redner begründete einen dahingehenden Antrag, der die Einführung von Vermögenssteuern nach Gemeinden und anderweitige kommunale Verände hinsichtlich der Besteuerung herbeiführen will. Reichsfinanzsekretär Schmidt sprach sich gegen den Antrag aus. Er gibt zu, daß sich bei der Durchführung des Vermögenszuwachses gewisse Schwierigkeiten und Verwaltungserschwererungen ergeben hätten, diesen würde jedoch eine Aufhebung des Gesetzes nicht entgegenstehen. Die Reichsfinanzverwaltung habe die Möglichkeit der Durchführung der Verände verhandelt hätten, eine Novelle vorzulegen, in der die herangezogenen Parteien beteiligt und, falls hinsichtlich eines Vermögenszuwachses in Streit getreten sei, ein Ausgleich zwischen den Gemeinden und dem Reich herbeigeführt werden könnte. Demgegenüber müsse der Gebante einer Aufhebung der Vermögenssteuer die ernstlichen Bedenken der Gemeinden hinsichtlich des Reichs und den Gemeinden eine Einnahmequelle entzogen für die sich ein Ersatz nicht werde finden lassen. Der Ausfall des Ertrages der Vermögenssteuer für den Reichsanteil würde 21 bis 25 Millionen Mark betragen, der sich jedoch nicht wesentlich ändern werden, da bis zur Aufhebung mit den Gemeinden zurückzuführen, da bis zur Aufhebung mit den Gemeinden zurückzuführen. Nach allem werde nur in Frage kommen können, daß im Gestalt einer Resolution eine Nachprüfung des bestehenden Vermögenszuwachses in Aussicht genommen werde. Ein sozialdemokratischer Redner sprach sich gegen die Aufhebung mit Rücksicht auf die Komplexität aber auch den vom Reichsfinanzsekretär vorgelegenen Weg. Er sprach sich gegen die Aufhebung. Ein fortschrittlicher Redner wünschte die Steuer gegen den Kommunen zu überlassen. Ein Zentrumredner erwiderte, der Vorschlag des Antrages sei unvollständig und gebe keine Richtlinien. Durch die Festsetzung eines späteren Termins für die Aufhebung würde der ganze Reichsfinanzplan bis zu jenem Termin ruiniert. Einem konservativen Redner wurde es unpraktisch, im Augenblick, wo man nach neuen Einnahmequellen, bestehende Steuerquellen zu beseitigen. Man möge doch nicht nach erst zweijähriger Befreiung des Gebietes Unruhe in den Grundbesitz bringen. Ein anderer Zentrumredner

trübte das neuerliche steuerliche Prinzip der Vermögenssteuererhöhung für das Reich aus. Nach kurzer weiterer Debatte, in der der Reichsfinanzsekretär wiederholte, daß die Ansicht bestehe, die praktischen Erfahrungen für eine Novelle in absehbarer Zeit nutzlos zu machen, das letzte Wort jetzt nicht überlassen, erfolgte die Abstimmung der nationalliberalen Antrag auf Aufhebung des Vermögenszuwachses vom 1911 wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Fortschrittler abgelehnt.

Es folgte die Befreiung des getrennt einer Unterkommission überweisen § 14 und bei einfügenden § 14a. Diese Befreiung ist in folgender Weise gefaßt: Die Einkommen von 20 000 Mark nicht übersteigen, unterliegen der Vermögenssteuer nicht. B. Bei Vermögen über 20 000 Mark, aber nicht über 30 000 Mark, Gesamtwert, unterliegt der nach § 13 steuerpflichtige Zuwachs nur insofern der Steuer, als durch sie die steuerfreie Grenze (§ 14a) überschritten wird. Die Einkommen von 1000 Mark bleiben bei Festsetzung des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses unberücksichtigt. Nachdem der Berichterstatter über den Gang der Verhandlungen in der Subkommission berichtet hatte, wurde diese Abstimmung angenommen.

Zu § 18 lag ein nationalliberaler Antrag vor, die erstmalige Festsetzung des Vermögenszuwachses (vom 1. April 1910) um ein Jahr hinauszuführen und die Berechnungszeitraum beginnend am 1. Januar 1914, auf drei Jahre statt auf zwei Jahre auszuweiten. Nachdem der Staatssekretär des Reichsfinanzamts erklärt hatte, diesen Antrag nur mit Vorbehalt zustimmen zu können, stellte sich auch die Kommission auf den Standpunkt des Staatssekretärs.

Zu § 19, monach als Vermögenszuwachs der Interessen zwischen dem reinen Werte des steuerbaren Vermögens am Ende des jeweiligen Veranlagungszeitraums und dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am Anfang dieses Zeitraums gilt, wurde angenommen. Der vom Berichterstatter beantragte § 19a wurde in folgender Weise gefaßt: Der Wert des steuerbaren Vermögens zum 1. Januar 1914 gilt als nach dem Wert der Vermögensgegenstände am 1. Januar 1914, soweit seine Festsetzung den Vorschriften des Vermögensgesetzes entspricht. Die §§ 20 bis 23 wurden mit geringen Änderungen angenommen.

Die beiden folgenden Paragraphen behandeln die Steuerfäße. Zu § 24 ist die Einkommensteuer der Einkommen nachfolgende abgeändert: Die Steuer beträgt für den ganzen Erhebungszeitraum bei einem steuerpflichtigen Vermögenszuwachs von nicht mehr als 50 000 Mark, 0,75 % des Zuwachses, von mehr als 50 000—100 000 Mark, 0,90, von mehr als 100 000—200 000 Mark, 1,05, von mehr als 200 000—500 000 Mark, 1,20, von mehr als 500 000—1 000 000 Mark, 1,35, und von mehr als 1 000 000 Mark, 1,50 % des Zuwachses. Die von dem vorgeschlagenen neuer Stelle erfaßte Steuerumlage ergibt rund 100 Millionen Mark statt der 80 Millionen der Vorlage.

Rückführ des Prinzregenten. München, 19. Juni. Der Prinzregent ist heute vormittag 9 Uhr 23 Min. von Berlin zurückgekehrt.

Ballon „Wilms“ in Rußland gelandet. Kofen, 19. Juni. Der Ballon „Wilms“ ist in der Nähe von Kofen in Rußland gelandet. Die vier Insassen sind behördlich zurückgehalten worden.

Frankreich und Spanien Zusammenwirken in Marokko. Paris, 19. Juni. Zu der Unterredung des Grafen Romanones mit dem französischen Botschafter Geoffroy in Madrid über ein etwaiges militärisches Zusammenwirken Frankreichs und Spaniens in Marokko wird in vertriebenen städtisch offiziellen Mitteilungen berichtet, die französische Regierung prüfe die Möglichkeit in freundschaftlicher Weise und sei mit aufrichtigem Entgegenkommen bereit, Spanien Beistand zu leisten, wie Spanien zweifellos bereit sei, Frankreich zu helfen. Dem Wunsch der spanischen Regierung, daß der Waffenstillstand mit allen Mitteln verbündet werden müsse, werde entgegengetreten. Was das militärische Zusammenwirken anbelangt, so handle es sich nicht darum, eine regelrechte Expedition von einer Zone zur anderen zu unternehmen. Vorläufig werde ein Auge gefaßt, daß der französische und der spanische Oberbefehlshaber in Marokko ihre Nachrichten über die Bewegungen der ausländischen Stämme austauschten.

Begrüßung des „Imperator“. New-York, 19. Juni. Der Dampfer „Imperator“ wurde bei seiner Ankunft mit dem Ehren der Fahrzeuge feierlich begrüßt. Morgen findet ein Bankett des „Imperator“ ein Empfang statt, zu dem die höchsten sowie die Bundesbehörden eingeladen sind, desgleichen Vertreter der Presse des ganzen Landes.

Zum Braunschweiger Kriegerdenkmal. Braunschweig, 19. Juni. Die des Todes an dem festschwebigen Sohn des Kriegers Gentes verdächtige Frau Wulfsborn ist, wie die „Braunschweig. Landeszeit.“ meldet, in einem hiesigen Hof verhaftet worden.

Der Sohn vom Vater erlösen. Jochum, 19. Juni. Auf der Straße erkrankt gestern der Arbeiter N. a. b. e. seinen 25jährigen Sohn und verlebte seinen 12jährigen Sohn lebensgefährlich. Der Vater wurde befreit.

Mordprozess. Frankfurt a. O., 19. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den Hofrentenrath und Kaufmann der Landwehr v. Knobloch, der in jenem mit dem Kaufmann und Speibeur Seebach erschossen hat.

Schwere Feuersbrunst. Kofen (Galtzien), 19. Juni. Gestern sind hier 30 Wohnhäuser und 40 Wirtschaftsgebäude abgebrannt.

Sragt man eine Dame mit hübschem Teint, welche Stelle sie als tägliche Toilette benötigt, so wird man dieselbe die Antwort erhalten: „Die unbedruckte Seite von „Polis“ Seite 1“ allein besitzt die eigenartige, verheerende Wirkung des „Hydrolyon.“

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Filiale Halle a. S., Bank) Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadthaus.

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 19. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Der ausführliche Kurstext erscheint in der Früh-Ausgabe.

Table with columns: Wechsel-Kurse, Eisenbahn-Aktien, Industrie-Papiere, Schluss-Kurse, and 4 1/2 % Japaner 1907. Includes various stock and bond prices.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 19. Juni, 1 Uhr.

Table with columns: Pre., and various stock and bond prices for Leipzig.

Kursnotierungen v. 19. Juni, Mitteltag von der Mitteldutschen Privatbank Halle.

Table with columns: Aktien, and various stock and bond prices for Halle.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Ritterfeld, Delitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Corrent- u. Wechsel-Verkehr etc.

Prospekt

über

Mt. 5 000 000 4 1/2 %, mit 105 % vom 1. April 1918 ab rückzahlbare hypothekarische Anleihe

Phönix Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung

zu Berlin.

5000 Stück R. 1—5000 zu je Mt. 1000.

Die Phönix Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung ist im Jahre 1909 errichtet worden und hat ihren Sitz in Berlin.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Braunkohlenbergwerke Phönix in Rumborsdorf und Klettwitz, M., nebst der dazu gehörigen Bräunefabriken, ferner der Erwerb und Betrieb von Liegenschaften in Rumborsdorf, Klettwitz und deren Umgebung, endlich der Erwerb von Grundstücken und Anlagen zu gleichen oder verwandten Zwecken. Die Gesellschaft darf sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen, an Aktien, Anleihen oder Geschäftsanteile anderer Gesellschaften erwerben.

Das Aktienkapital betrug ursprünglich Mt. 4 500 000 und wurde im Jahre 1912 um Mt. 3 000 000 auf Mt. 7 500 000 erhöht. Die Generalversammlung vom 18. März 1913 beschloß die weitere Erhöhung um Mt. 1 000 000 zum Zwecke der Rückzahlung von Hypotheken und der Beschaffung von Betriebsmitteln. Die neuen Aktien sind zu par gegeben und den alten Aktionären im Verhältnis von 15:2 zum Bezuge angeboten worden.

Das Aktienkapital besteht somit aus Mt. 8 500 000 Aktien, eingeteilt in 8500 Stück Aktien zu je Mt. 1000. Hieran sind Mt. 5 500 000 voll dividendenberechtigt. Die Aktien Nr. 5501—7500 erkalten für das Geschäftsjahr 1913/14 einen Zuschlag von 5% Dividende; vom 1. April 1914 sind sie auch in Bezug auf die Dividende den übrigen Aktien gleichberechtigt. Die Aktien Nr. 7501—8500, auf die zuerst nur 25% eingezahlt sind, nehmen an der Dividende vom 1. April 1913 ab pro rata der geleisteten Einzahlung teil. Vollzahlung ist nach Bestimmung des Aufsichtsrats zu leisten.

Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens 12 Mitgliedern und gegenwärtig aus den Herren: Hermann Kreschmar, Kommerzienrat (V. v. K. Kreschmar), Berlin, Vorsitzender; Vorsitzender: Ludwig Berl, Baumeister (in Firma G. & Kreschmar), Berlin, stellvertretender Vorsitzender; Max Bähr, Direktor der Hle Bergbau-Aktiengesellschaft, Grube Hle; Carl Grambach, Baumeister, Berlin; Georg Geyrin, Kaufmann (in Firma August Burg), Berlin; Max Fische, Direktor der Hle Gesellschaft, Schloßpark, Schöneberg und Handelsrichter, Berlin; Schöneberg; Dr. Otto Carl Söfmann, Baumeister, Geheimer Regierungsrat, Berlin; Oscar Wallermann, Direktor der Deutschen Bank, Berlin, und Frau Wilhelmine Kreuzberg geb. Burgert, Charlottenburg.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten, abgesehen von der Prämie, eine darauf nicht anzurechnende feste Jahresvergütung von zusammen Mt. 12 000.

Den Vorstand bilden zurzeit die Herren Theodor Breusing und Hans Kreschmar, Berlin, Diplom-Ingenieur Hans Kreuzberg, Grube Hle.

Die Generalversammlungen finden in Rumborsdorf, Klettwitz oder Berlin statt. Alle von der Gesellschaft ausgehenden **Befanmachungen** erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger und das Herzog. Sachsen-Altenburgerische Amts- und Nachrichtenblatt, sowie in zwei Berliner Tageszeitungen.

Der Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März des darauf folgenden Jahres. Der sich ergebende Nettogewinn wird wie folgt verwendet:

- a) werden dem geteilteten Reservefonds überwiesen, bis derselbe 10% des jeweiligen Grundkapitals beträgt, ferner diejenigen Aktien besetzt, welche die Generalversammlung beschließt;
- b) sofern 4% Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital an die Aktionäre;
- c) von dem verbleibenden Ueberschuß erhalten:
 1. die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 7%,
 2. die Mitglieder des Vorstandes insgesamt bis zu 10% nach Maßgabe ihrer Antheilsbeiträge,
 3. der Ueberschuß wird unter die Aktionäre als Superdividende verteilt, soweit die Generalversammlung bezüglich dieses Restes nicht anderweit beschließt.

Die Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen ein Kapital von Mt. 4 500 000, 1909/10 6 1/2 %, 1910/11 6 %, 1911/12 4 %. Daraus verteilt. Für 1912/13 wird die Verteilung einer Dividende von 4% auf ein gewinnberechtigtes Kapital von Mt. 5 500 000 vorgeschlagen.

Die der Generalversammlung vom 3. Juli 1913 zur Genehmigung vorzulegende Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung vom 31. März 1913 lautet wie folgt:

Bilanz am 31. März 1913.

	Berlin	Rumborsdorf	Klettwitz	Abfchreibungen	Bestand
Aktiva					
Aktien-Kapital-Einzahlungskonto noch nicht geleistete Einzahlung auf 1 000 000 75%	750 000,—	—	—	—	750 000,—
Fabrik- und Bahngelände	199 500,—	—	—	—	199 500,—
Abfchreibung	6 500,—	—	—	6 500,—	193 000,—
Küchergelände	137 020,06	—	5 029,70	—	142 049,76
Kohlenfelder	3 023 000,—	—	—	—	3 023 000,—
Zugang	3 035 886,50	—	—	—	79 886,50
Abfchreibung	79 886,50	—	—	—	2 956 000,—
Beamten- und Arbeiterhäuser	228 000,—	—	—	—	228 000,—
Zugang	228 513,01	—	—	—	8 618,01
Abfchreibung	8 618,01	—	—	—	220 000,—
Korrespondenz-Konto, im voraus abgedeckte Posten	225 000,—	—	477 600,—	—	702 600,—
Korrespondenz-Konto	391 300,—	—	14 600,—	—	405 900,—
Zugang	7 293,—	—	—	—	388 907,—
Abfchreibung	388 907,—	—	14 600,—	—	7 293,—
Zugang	391 114,52	—	19 028,65	—	52 814,52
Abfchreibung	52 814,52	—	2 828,65	—	358 300,—
Zugang	358 300,—	—	16 200,—	—	80 000,—
Gruben-Ausschluß	80 000,—	—	—	—	40 000,—
Abfchreibung	40 000,—	—	—	—	111 101,—
Gruben-Zubehör	111 101,—	—	8 400,—	—	8 200,—
Zugang	107 281,—	—	8 400,—	—	3 203,62
Abfchreibung	3 203,62	—	9 693,11	—	110 484,52
Zugang	110 484,52	—	18 089,11	—	1 963,52
Abfchreibung	1 963,52	—	1 860,11	—	91 321,—
Zugang	91 321,—	—	16 200,—	—	47 200,—
Abfchreibung	47 200,—	—	—	—	568 575,89
Zugang	568 575,89	—	3 371,47	—	1 518 788,89
Abfchreibung	1 518 788,89	—	50 571,47	—	61 085,80
Zugang	61 085,80	—	2 421,47	—	1 457 700,—
Abfchreibung	1 457 700,—	—	48 150,—	—	814 130,—
Maschinen und Utensilien	814 130,—	—	66 500,—	—	6 778,30
Zugang	6 778,30	—	—	—	897 261,70
Abfchreibung	897 261,70	—	66 500,—	—	1 174 189,48
Zugang	1 174 189,48	—	16 261,16	—	82 611,41
Abfchreibung	82 611,41	—	—	—	213 541,18
Zugang	213 541,18	—	9 001,16	—	1 798 000,—
Abfchreibung	1 798 000,—	—	73 860,—	—	335 000,—
Anschlußbahn-Anlage	335 000,—	—	—	—	15 000,—
Zugang	15 000,—	—	—	—	31 700,—
Abfchreibung	31 700,—	—	4 750,—	—	3 700,—
Zugang	3 700,—	—	250,—	—	28 000,—
Abfchreibung	28 000,—	—	4 500,—	—	40 001,—
Zugang	40 001,—	—	52 400,—	—	21 905,18
Abfchreibung	21 905,18	—	8 262,92	—	61 806,18
Zugang	61 806,18	—	60 702,92	—	20 205,18
Abfchreibung	20 205,18	—	4 822,92	—	41 600,—
Zugang	41 600,—	—	55 889,—	—	—
Zu übertragen					541 891,11

	Berlin	Rumborsdorf	Klettwitz	Abfchreibungen	Bestand
Passiva					
Ueberschuß	—	—	—	—	—
Wasserleitungs-Anlagen	—	5 000,—	3 600,—	—	541 891,11
Zugang	—	385,66	47,77	—	9 293 200,76
Abfchreibung	—	5 865,66	3 647,77	—	—
Zugang	—	1 385,66	347,77	—	1 713,43
Abfchreibung	—	4 000,—	3 300,—	—	—
Beleuchtungs- u. Hochspannungs-Anlagen	—	54 901,—	6 000,—	—	—
Zugang	—	7 485,—	—	—	—
Abfchreibung	—	47 416,—	6 000,—	—	—
Zugang	—	9 242,80	1 268,52	—	—
Abfchreibung	—	56 658,60	7 268,52	—	—
Zugang	—	10 756,60	1 488,52	—	—
Abfchreibung	—	45 902,—	5 780,—	—	—
Kontor-Einrichtung, Telephon-Anlagen, Mobilien	—	1,—	3,—	—	—
Zugang	—	352,15	1 083,16	—	—
Abfchreibung	—	352,15	1 083,16	—	—
Zugang	—	1,—	3,—	—	—
Verbe- und Wagen-Inventar	—	—	—	—	—
Zugang	—	352,15	1 083,16	—	—
Abfchreibung	—	352,15	1 083,16	—	—
Zugang	—	1,—	3,—	—	—
Materialien-Bestände	—	—	—	—	—
Zugang	—	91 628,17	61 996,91	—	—
Abfchreibung	—	40 850,—	9 025,—	—	—
Zugang	—	50,—	1 526,—	—	—
Interessierte Partikularien	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Vorausbezogene Versicherungs-Prämien	—	—	—	—	—
Zugang	—	350,—	6 078,03	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	7 843,52	3 664,31	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Beteiligungen:					
1. Mittelb. Braunk.-GmbH. 100% Einzahlung	6 000,—	—	—	—	—
2. Mittelb. Braunk.-GmbH. 100% Einzahlung	51 000,—	—	—	—	—
3. Generator. Braunk.-Berm.-GmbH. 100% Einzahlung	6 900,—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	63 900,—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—	—	—	—	—
Konto Neue Rechnung, im alt. Jahre zu verrechnende Einnahmen	—	—	—	—	—
Zugang	—	—	—	—	—
Abfchreibung	—				

